

# ELTERN GEGEN DROGEN

2 / 2007

JUNI 2007

## AUS DEM INHALT

ZUR TEILREVISION DES  
BETÄUBUNGSMITTEL-  
GESETZES 1

EDITORIAL 3

DIE STRATEGIE DER  
DROGENLEGALISIERER 3

DIE DE-FACTO-DROGEN-  
LEGALISIERUNG IN DER  
SCHWEIZ UND DEREN  
AUSWIRKUNGEN 8

NATIONALRÄTLICHE INTER-  
PELLATION BETREFFEND  
ZUSAMMENHANG VON  
DROGEN UND GEWALT 9

WIDERSPRÜCHE BEI DEN  
DROGENLEGALISIERERN 10

BETÄUBUNGSMITTEL-  
GESETZ IM NATIONAL-  
RAT: WO BLEIBEN DIE  
DEMOKRATISCHEN  
GRUNDSÄTZE? 11

CANNATRADE:  
STRAFANZEIGE GEGEN  
UNBEKANNT 11

MITTEILUNGEN DER  
SCHWEIZERISCHEN  
VEREINIGUNG ELTERN  
GEGEN DROGEN 12

## Zur Teil- revision des Betäubungs- mittelgesetzes

Seit 17 Jahren befasst sich eine Fachgruppe der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen mit Drogenfragen und beobachtet die Auswirkungen der liberalen Drogenpolitik in der Schweiz in gesundheitspolitischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Hinsicht.

Die Vorschläge für eine Teilrevision des Betäubungsmittelgesetzes haben uns sehr betroffen gemacht. Sie zeigen uns, dass sich viele Parlamentarierinnen und Parlamentarier bei der Beurteilung der Drogenfragen auf einseitige Informationen beziehen und auch die Stimme der UNO-Drogenkontrollbehörde ignorieren. Wir betrachten die Gesetzesbeschlüsse als eine äusserst wichtige Weichenstellung in der Schweizerischen Drogenpolitik. Für uns sind die folgenden Punkte von entscheidender Bedeutung:

- Im Gesetz muss weiterhin die Abstinenz als Ziel einer nachhaltigen Drogenpolitik festgeschrieben bleiben! Die negativen sozialen und gesundheitlichen Folgen für jeden einzelnen und für die Gesellschaft kann damit möglichst klein gehalten werden. Diesem Ziel muss aber auch nachgelebt werden!

- Das geltende Gesetz, das den Anbau, die Einfuhr, die Herstellung und das Inverkehrbringen von Heroin verbietet, muss beibehalten werden.
- Heroin muss aus der Heilmittelliste, aber auch aus dem durch die Krankenkassen finanzierten Medikamentenregister gestrichen werden.



Die Erfahrungen mit der staatlichen Heroinabgabe bei den gescheiterten Versuchen in Mersey bei Liverpool, aber auch die Auswertungen der Schweizer Versuche zeigen, dass bei süchtigen Menschen, die mit Heroin befriedigt werden, jede Hoffnung zerstört wird, von der Drogenabhängigkeit loszukommen, und diese lebenslange Sozialfälle bleiben. Da ca. 80% der Heroinsüchtigen noch andere Drogen (Kokain, Benzodiazepine, Cannabis) zu sich nehmen, wird sich der Politoxikomane (Konsument verschiedener Drogen gleichzeitig) nebst dem vom Staat bezogenen Heroin auf dem Schwarzmarkt noch andere Rauschgifte beschaffen. Sämtliche Studien müssen leider diesen Sachverhalt bestätigen.

## Die staatliche Heroinabgabe ist keine Therapie

Dass sich Heroinsüchtige durch das Spritzen von staatlich kontrolliertem Heroin einer Therapie, also Heilbehandlung unterziehen würden, stimmt nicht. Im besten Fall handelt es sich bei der Heroinabgabe um kurzfristige Schadensminderung bei den Süchtigen. Mit ca. 5% Ausstiegswilligen muss diese «Therapie» als Misserfolg gewertet werden. Heroin- und meist auch Methadonsüchtige bleiben somit ihr Leben lang Sozialfälle.



## Soziale Kosten

Die sozialen Kosten der liberalen Drogenpolitik in der Schweiz steigen ins Unermessliche: Nach Aussage der UNO-Drogenkontrollbehörde kann sich nur ein sehr reiches Land wie die Schweiz eine solche liberale Drogenpolitik mit einer ausufernden Heroin-, Methadon- und neuerdings Ritalinabgabe leisten. Seit dieser zum Teil exzessive Suchtmittelkonsum, der mit minimalen Auflagen verbunden und mit grossen medizinischen Folgekosten belastet ist, von den Krankenkassen getragen werden muss, steigen die Krankenkassenprämien zusätzlich beängstigend. Auch die finanziellen Leistungen im sozialen Bereich, welche die Fürsorgeämter und die Invalidenversicherung für diese kleine Gruppe Drogenabhängiger zu zahlen haben, sind für die Schweizer Steuerzahler bald nicht mehr tragbar. Die Ausgaben für die sozialen Kosten, welche der Konsum illegaler Drogen verursacht, werden auf jährlich über 4 Milliarden Franken geschätzt. Es droht ein Kollaps der Sozialwerke auch von dieser Seite!

## Keine Heroinabgabebewilligung an Ärzte

Auch muss unbedingt vermieden werden, dass Ärzten die Heroin-

abgabebewilligung (wie bei Methadon!) erteilt werden kann. Denn dadurch würde wegen des Arztgeheimnisses jegliche Transparenz in der Heroinabgabe verhindert!

## Keine staatlich verordneten Fixerräume

Der Bund will das «Dienstleistungsangebot» betreffend Schadensminderung und Überlebenshilfe koordinieren und Kantone und Gemeinden verpflichten, Fixerräume und staatliche Drogenabgabestellen zu führen, aber auch die Fixerutensilien (sterile Flashbox) zu vereinheitlichen. Dieses Gesetz muss unbedingt abgelehnt werden! Vergleicht man nämlich Schweizer Städte ohne solche Angebote wie Fixerräume und Heroinabgabestellen mit denjenigen, welche diese Infrastruktur den drogensüchtigen Menschen anbieten, wird festgestellt, dass diese Angebote die Nachfrage steigern. Auch werden Drogendealer durch Fixerräume geradezu angezogen. Die so entstandenen rechtsfreien Räume sind abzulehnen. Auch aus ökonomischer Sicht sind Fixerräume und Heroinabgabestellen ein Fass ohne Boden. Für den Kanton Bern belaufen sich die Kosten für den Fixerraum mit 13 Vollzeitstellen und für die anderen niederschweligen Angebote auf 9,312 Mio. Franken pro Jahr. Bereits wird eine zweite Anlaufstelle gefordert!

## Kein Strafmilderungsgrund für Kleinhändler

Keinesfalls darf ein Strafmilderungsgrund vorliegen, wenn ein Kleinhändler selber drogenabhängig ist. Denn somit könnte jeder Drogenhändler, der sich im so genannten Ameisenhandel betätigt, behaupten, er handle mit Drogen zur Finanzierung der eigenen Sucht. Der polizeiliche Kampf gegen den illegalen Drogenhandel wäre damit sehr erschwert und die öffentliche Ordnung und Sicherheit massiv gefährdet.

## Fürsorgerischer Freiheitsentzug

Der geltende Artikel «Fürsorgerischer Freiheitsentzug» soll wie bis anhin angewandt werden. Aller-

dings sind wir der Meinung, dass die weitgehend fehlenden geschlossenen Therapiestationen unbedingt geschaffen werden müssen. Denn im Verlaufe der Suchtentwicklung wird die Willens- und Entscheidungsfreiheit zunehmend eingeschränkt. Deshalb wählen immer mehr drogensüchtige Menschen die Heroinabgabe oder bleiben Dauerkunden im Fixerraum, währenddem erfolgreiche, abstinenzorientierte Therapien in den letzten Jahren geschlossen werden mussten. In Gesprächen mit süchtigen Menschen zeigt sich immer wieder, dass diese nur mit einer Einweisung in eine geschlossene Klinik, in welcher sie ihre Ressourcen entdecken und ihre Defizite aufarbeiten können, gerettet werden können. Geben wir also jedem die Chance, in einer menschenwürdigen Umgebung zu sich selber und zur Eigenverantwortung zu finden.

Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen

## T-Shirts



vom Künstler **Housi Knecht** weiss, mit rot/schwarzem Vogelsujet

**«Frei ohne Drogen»**  
(sehr gute Qualität)

**zu Fr. 10.00 exkl. Porto**

zu beziehen bei:

Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen, Postfach 8302, 3001 Bern  
E-Mail: [eltern\\_g\\_drogen@bluewin.ch](mailto:eltern_g_drogen@bluewin.ch)

**sowie Schirmmützen**  
**zu Fr. 5.00 exkl. Porto.**

## Editorial



Wie ein Blitz hat uns die Medienmitteilung: «Christlich-therapeutische Wohngemeinschaft El Rafa – Kanton verfügt die Schliessung» getroffen!

Kaum zu glauben, dass auch noch dieses erfolgreiche, abstinentorientierte Therapiehaus geschlossen werden soll, weil es ohne Psychologe und Sozialarbeiter geführt wurde. Diese kantonalen Vorgaben sind absurd und sollten unbedingt wieder abgeschafft werden. Wir rufen Politikerinnen und Politiker auf, sich in der nächsten Session für das Therapiehaus El Rafa einzusetzen. Wir von der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen kennen die grossartige Arbeit, welche Paul Stettler und sein Team seit Jahren geleistet hat. Auch durften wir immer wieder geheilten Menschen begegnen, welche diese Therapie abgeschlossen hatten. Die Drogenpolitik in der Schweiz, die auf ein Heer von Psychiatern und Sozialarbeitern ausgerichtet ist, hat die von der Bevölkerung erwarteten Ziele der echten Prävention und nachhaltigen Therapie verfehlt! Denn immer mehr Kinder greifen zu Drogen, und über 20 Jugendliche im Alter von 16-20 Jahren nehmen regelmässig im Berner Fixerraum ihre Suchtmittel zu sich. Die Ausstiegsquote aus einer Drogensucht ist bedenklich niedrig (7%), dafür steigen die finanziellen Aufwendungen (Sozial-, IV-Gelder, Arbeitslosenentschädigungen) für eine kleine Randgruppe ins Uferlose.

Der Lösungsansatz der Contact-MitarbeiterInnen: Der Umgang mit Drogen könne gelernt wer-

den, ist zynisch. Bei Suchtmitteln gibt es nur das «Alles- oder Nichts-Prinzip». Es gibt auch nicht schwer oder schwerst abhängige Heroinsüchtige, denn nach 1-3maligem Konsum sind bereits 90 von 100 Menschen schwerst abhängig. Diese Lügen müssen endlich aufgedeckt werden!

Sabina Geissbühler-Strupler, Präsidentin der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen

## Die Strategie der Drogenlegalisierer

### Die Medien als Mittel zur Drogenlegalisierung

Das Ziel einer Drogenfreigabe wurde in der Schweiz durch die 68er Zeitung «Focus» verbreitet; darin wurde zum Beispiel das Buch «Do it» von Jerry Rubin übersetzt. Drogenkonsum wird darin als eines der Mittel zu einer gewaltsamen Revolution gegen das Bürgertum propagiert: «Legalisiert Pot (Haschisch) und die Gesellschaft wird auseinander brechen», «Gras (Marihuana) lehrt uns, Gesetze und Gerichte zu missachten», «Marihuana ist die Zerstörung der Schulen», «Erziehung richtet unser Gehirn auf Gegenstände, Einteilungen und Begriffe aus. Haschisch rührt unser Gehirn durcheinander und lässt alles als perfektes Chaos erscheinen». Auch die Heroinabgabe wurde in den 70er Jahren im «Extrablatt der Jungen» des Tages-Anzeigers durch den Redaktor Hugo Stamm erstmals propagiert. Er suggerierte den Leserinnen und Lesern, dass unsere Lebensweise und die sozialen Normen das Suchtverhalten fördern würden und die Gesellschaft deshalb für die Sucht der Bürgerinnen und Bürger aufkommen müsse. Zur gleichen Zeit behaupteten Ärzte wie Professor Ambros Uchtenhagen, Psychiatrieprofessor Herr Hans Kind (SP), Herr Beat Kraushaar, André Seidenberg, dass Heroinsüchtige nur wegen der gesellschaftlichen Normen (also nicht wegen dem giftigen, abhängig machenden

Suchtmittel!) anders behandelt würden als arbeitssüchtige Manager, Kaffeetrinker oder chronische Fernseher. Der ehemalige Autor im «tell», Thomas Kessler, gründete 1988 den Verein Schweizer Hanffreunde. Er hatte seit 1983 mit staatlicher Unterstützung durch Prof. Rudolf Brenneisen vom pharm. Institut Bern Hanf mit immer höherem THC-Wert gezüchtet.

In der Studentenzeitung «Agitation», welche kommunistisches Gedankengut verbreiten sollte, wurde 1972 ebenfalls empfohlen, dass man mit Drogen zu einer «Auflösung des Ichs komme, wie es die etablierte Gesellschaft geschaffen hat», «Unter Haschisch einfluss werden die anerzogenen Hemmungen und Schamgefühle aufgegeben».

Der spätere Drogenarzt André Seidenberg gehörte zu dieser Studentengruppe, die Rauschgifte als Mittel zur Zerstörung der Gesellschaft ansahen und alles daransetzten, den Drogenkonsum zu verbreiten. 1990 berichtete er in der Studentenzeitung Skalpell stolz von seinen Erfahrungen als erster LSD-Patient mit einer Psychose und als Kokainkonsument.

### Ärzte missbrauchen ihre Stellung

Seidenberg war Mitbegründer des Vereins unabhängiger Ärzte. Dieser Verein war eigentlich ein Zusammenschluss der marxistischen Ärzte in der Schweiz und verfolgte das Ziel der **Legalisierung von Rauschgiften**. Mitglieder dieses Vereins führten die Heroinversuche ein: Zum Beispiel Robert Hämmig in Bern, Claude Bossy in Zürich. Es fällt auf, dass die gleichen Personen, welche die Legalisierung von Rauschgiften forderten und die Heroinversuche einführten, diese auch als Forschungsbeauftragte begleiteten und den Abschlussbericht verfassten. Deshalb wurde die Wissenschaftlichkeit auch in diesem Punkt durch die UNO-Drogenkontrollbehörde, aber auch durch die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen angezweifelt. So berichten Uchtenhagen, Gutzwiller und Hämmig im Abschluss-

bericht 1997 als Forschungsbeauftragte, es seien unter injizierbarem Heroin folgende, zur Hauptsache «milde» Nebenwirkungen aufgetreten: «Kopfschmerz, Pulsieren im Kopf, erschwerter Atmung, Übelkeit, Kollapszustände». In Basel wurden durch R. Stohler nach intravenöser Heroininjektion Epilepsie-ähnliche Anfälle und Muskelkrämpfe beobachtet. Prof. R. Brenneisen, Bern bekam finanzielle Mittel, um verschiedene «Forschungen» durchzuführen, z.B. mit Rauchern von Heroinzigaretten, später um herauszufinden, ob Cannabis in Holland oder der Schweiz, indoor oder outdoor angepflanzt worden sei. Für diese unsinnige Forschung erhielt der Drogenfreund Brenneisen mehrere 100'000 Franken. Ob diese Ergebnisse publiziert worden sind, konnte die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen leider nicht ausfindig machen.

### **Wissenschaftliche Studien aus dem Ausland liegen vor**

Schon vor 30 Jahren war bekannt (es liegen viele wissenschaftliche Arbeiten vor), dass Heroinsüchtige bis zu 80% politoxikoman sind, also von verschiedenen Drogen gleichzeitig abhängig sind. Deshalb wies die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen immer wieder auf die Tatsache hin, dass somit die Heroinabgabe-Versuche in eine Sackgasse führen würden. Denn je länger ein süchtiger Mensch Suchtmittel zu sich nimmt, umso schwieriger wird der Ausstieg. Wegen der Beschaffung von anderen Drogen, neben dem vom Staat zur Verfügung gestellten Heroin, ist der Drogensüchtige stets auf dem Schwarzmarkt anzutreffen. Diese Auswirkungen der Heroinabgabe wurde zum Beispiel vom Verein Schweizerischer Drogenfachleute (VSD) absichtlich in Kauf genommen, denn ihr Hauptanliegen, welches auch in den Statuten festgeschrieben war (1986), zielte auf die Legalisierung aller Drogen hin. Durch Bundesrätin Ruth Dreifuss erhielten die Kräfte Aufschwung, welche auch drogenpolitisch dem Staat alle Macht verleihen wollten. So wurde in der

Sonntagszeitung vom 14. März 1993 Dreifuss zitiert: «Wenn man den Drogenmarkt dem organisierten Verbrechen wegnehmen will, muss man ihn erobern. Das bedeutet, dass der Staat dafür sorgen muss, dass alle Abhängigen ihren Stoff von Ärzten erhalten.»



### **Wirtschaftliche Gründe der Drogenlegalisierer**

Immer wieder wurde über die Medien versucht, das Gedanken-gut der Drogenlegalisierung zu verbreiten. 1992 hiess ein Redaktionsmitglied des neu geschaffenen NZZ-Folio Peter Haffner. Dieser war früher Mitherausgeber des erwähnten «Focus», dann Mitglied der Revolutionären Marxistischen Liga (RML). Das 2. NZZ-Folio «Drogenpolitik auf Irrwegen» benutzte er, um bei den vorwiegend freisinnigen Leserinnen und Lesern das Tabu einer Drogenlegalisierung zu brechen. So nahm die FDP Basel Land folgende Forderung in ihr Parteiprogramm auf: Legalisierung von Drogen aus wirtschaftlichen Gründen, da sie Einnahmen für Ärzte, Apotheker und Drogenanbauer ermöglicht!

### **Ideologische Gründe der Drogenlegalisierer**

Auch der spätere Chefredaktor der Sonntagszeitung und ehemalige «Focus»-Macher, Ueli Haldimann, nützte seine Position aus, um sich für eine Liberalisierung der Drogenpolitik einzusetzen. Eine Vernetzung der Drogenlegalisierungslobby, sogar auf internationaler Ebene, fand aber schon 1989 in Rom statt mit der Gründung der «Liga gegen Drogenprohibition». Drahtzieher war die «Partito Radical», eine Partei der 68er Revolutionäre in Italien. Ihr Ziel war es: «In den Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft Fuss zu fassen» und die Abschaffung

des Strafrechtes im Drogenbereich. Der linke Anwalt Pierre Jost aus Basel und der Berner Arzt Robert Hämmig, ein persönlicher Vertrauter des Liverpoolers Heroinverteilern John Marks, waren Gründungsmitglieder. Sowohl Jakob Tanner als auch Hans Saner gehörten zum selben Netzwerk.

### **Juristen missbrauchen ihre Stellung**

Nicht zu unterschätzen war der Einfluss der marxistischen Juristen, die sich «Demokratische Juristen» nannten und sich an vorderster Front für eine Drogenlegalisierung einsetzen konnten. Mitglieder wie Guido Jenny und Hans Schultz waren juristische Gutachter; es wurden «neutrale» Gutachten über die Zulässigkeit von Fixerräumen, Heroinabgabe, über die (harmlose) Wirkung von Cannabis und erstellt.

Sozial- und Fürsorgeämter, das Bundesamt für Gesundheit mit Thomas Zeltner und seinen Mitarbeitern (wie z.B. Ueli Locher, Zürich), aber auch das höchste Amt der Bundesrätin mit Ruth Dreifuss wurden von Drogenlegalisierern besetzt.

Gassenarbeit wie sie der Verein schweizerischer Drogenfachleute versteht, hat mit Hilfe am Nächsten, an Bedürftigen nichts zu tun. Die Not gestrauchelter Menschen wird als gesellschaftlicher Widerstand umgedeutet und damit wird die Randgruppe der Drogenabhängigen politisch missbraucht.

### **Sozial- und GassenarbeiterInnen missbrauchen ihre Stellung**

Anstatt dass die Polizei bei einem Vergehen gegen das Betäubungsmittelgesetz einen klaren Auftrag

zum Eingreifen erhalten hätte, wurde die Gassenarbeit vor allem in den Städten Zürich, Basel und Bern massiv verstärkt. Im Buch «Alles wird gut – Gassenarbeit in der Schweiz 1981-91» geben die Gassenarbeiter, die seit 1989 eine Fachgruppe im Verein schweizerischer Drogenfachleute (VSD) bildeten, Auskunft über ihre Absichten: «Die Gassenarbeit anerkennt die Existenz des Lebens- und Kulturraumes Gasse. Sie orientiert sich an den auftretenden Bedürfnissen der Menschen und leistet eine Unterstützungsarbeit, welche der Verbesserung der Lebensqualität auf der Gasse dient. Menschen auf der Gasse sollten nicht weggeholt, sondern in ihrem Lebensraum unterstützt werden». «Das Hineinwachsen in eine selbst gewählte Clique geht einher mit dem Absetzen von bisherigen, oft als unangenehm empfundenen Werten wie Gehorsam, Fleiss, Sauberkeit, Kontrolliertheit, Ordnung und Ruhe». Gassenarbeit wie sie der VSD versteht, hat mit Hilfe am Nächsten, an Bedürftigen nichts zu tun. Die Not gestrauchelter Menschen wird als gesellschaftlicher Widerstand umgedeutet und damit wird die Randgruppe der Drogenabhängigen politisch missbraucht. Im oben erwähnten Buch wird der Text eines Flugblattes aus der Hausbesetzerzene wiedergegeben: «Aber noch viel weniger sind wir bereit, unsere Ideen und Träume aufzugeben, und uns wieder in den Strom der Arbeitskräfte einzureihen, die jeden Tag am Leben vorbei in die Büros wandern und dann in der kurzen Ferienzeit zu leben versuchen». Es ist bedenklich, dass in Bern zum Beispiel die ehemalige, militante Gassenarbeiterin Barbara Mühlheim heute die Heroinabgabe leitet und politisch bis zur Grossrätin aufgestiegen ist. Es ist an der Zeit, dass die VerursacherInnen der heutigen verheerenden Zustände im Drogenbereich zur Verantwortung gezogen werden. Es darf nicht sein, dass unsere Demokratie der Ideologie der Drogenlegalisierer untergeordnet wird. Die menschenverachtenden Ansätze in der Sozialarbeit müssen angeprangert werden! Das Resultat

der schleichenden Unterwanderung unserer Rechtsordnung, zuerst mittels Indoktrinierung der Bevölkerung durch die Medien, später durch die Einschränkung von Polizeieinsätzen und der zum Teil fragwürdigen Rechtssprechung zeigte sich im verheerenden Drogenelend auf dem Platzspitz in Zürich oder im Kocherpark in Bern: Süchtige Mütter mit Kleinkindern im Kinderwagen, aidskranke Pfleger des nahen Inselspitals in Bern, neugierige NeueinsteigerInnen, welche gratis Suchtmittel erhielten. Was hier geduldet wurde, war ein Menschen-Experiment aus einem Horrorfilm.

Die menschenverachtenden Ansätze in der Sozialarbeit müssen angeprangert werden!

### **Volksbewegung gegen die Legalisierung von Drogen**

Am 27. Juni 1991 fand die Protestversammlung der «Aktion betroffener Anrainer» (ABA) in Zürich statt. Diese Volksbewegung mit 6'000 Bürgerinnen und Bürgern kämpfte vier Jahre lang gegen die verheerenden Zustände im Quartier und gegen die Drogenpolitik der Sozialvorsteherin Frau E. Lieberherr.

### **Die Lügen der Drogenlegalisierungslobby**

Die Stadtregierungen waren mehrheitlich der Ansicht, dass eine offene, «überwachte», mit sauberen Spritzen belieferte Drogenszene «vorerst» toleriert werden müsse. Nur mit einer ausufernden, offenen Drogenszene mit ungeheurer Sogwirkung über die Schweizer Grenzen hinweg, wo Raub, Diebstahl, Hehlerei und Mord an der Tagesordnung waren, konnte die Bevölkerung für den nächsten Schritt der Drogenlegalisierungslobby, nämlich die Einführung niederschwelliger Angebote, empfänglich gemacht werden. Dazu wurden wieder die Medien benutzt: Bilder der offenen Drogenszenen und Stories von Einzelschicksalen Drogen-

süchtiger gingen um die Welt. Gebetsmühlen gleich wurden perfide Behauptungen der Drogenlegalisierungslobby veröffentlicht:

- Die schlimmen Folgen der Heroinabhängigkeit würden nicht durch das Rauschgift Heroin verursacht, sondern durch die Illegalität und den verunreinigten Stoff.
- Die Bestrafung von Drogenkonsumenten widerspreche dem Grundsatz, wonach selbst schädigendes Verhalten als nicht zu bestrafen gelte.
- Die sich ausbreitende Drogenepidemie beweise, dass die Repression gegenüber Drogendealern und DrogenkonsumentInnen versagt hätte, und deshalb das Betäubungsmittelgesetz revidiert werden müsse.

### **Aufklärung und Hilfe durch die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen**

Hier muss klar gesagt werden, dass die Drogenlegalisierungslobby die Schaltstellen der Drogenpolitik besetzte und bis heute besetzt, und somit vielerorts die Polizei ihren eigentlichen Auftrag wie er im Betäubungsmittelgesetz und Strafrecht fest geschrieben ist, nicht wahrnehmen durfte und darf. Um all diese Lügen der PolitikerInnen wie Frau E. Lieberherr mit Berater Beat Kraushaar, Frau M. Stocker mit T. Kessler, Herr Schild, Frau U. Begert aufzudecken und der Bevölkerung sowie betroffenen Eltern und Jugendlichen Hilfe anzubieten, gründeten weitsichtige Bürgerinnen und Bürger wie die Alkoholfürsorger und Sozialarbeiter Herr Dr. F. Troesch und Herr P. Wiedmer die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen nach schwedischem Vorbild. Dort gab es nach einer gescheiterten Legalisierungswelle in den 70er Jahren: «Ärzte gegen Drogen», «Sportler gegen Drogen», «Künstler gegen Drogen», also einen breiten Konsens gegen eine Legalisierung in der ganzen Bevölkerung. So konnte die Anzahl süchtiger Menschen bis heute sehr niedrig gehalten werden! Währenddem durch die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen

Drogen über die Gefahren und die schädlichen Auswirkungen von Drogenkonsum aufgeklärt wurde und Vorschläge für die Rehabilitation und Wiedereingliederung von Drogenabhängigen ausgearbeitet wurden, startete das Bundesamt für Gesundheit (BAG) eine Drogen verharmlosende Medien- und Plakatkampagne. Darin wurde behauptet: «Jeder Süchtige schafft den Ausstieg». Contact- und Beratungsstellen schossen wie Pilze aus dem Boden und hatten das Ziel: «Jugendlichen den risikoarmen Umgang mit Drogen beizubringen», wieder wurde ein Teil der Strategie der Drogenlegalisierung umgesetzt. Drogen-süchtige Menschen wurden plötzlich nicht mehr als Kranke, sondern als Klienten behandelt, welche selber bestimmen sollten, was und wie viele Suchtmittel sie konsumieren wollen. Zwar wurde den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern bei der Abstimmung zu den Heroinabgabeversuchen (1995) versprochen, dass diese staatliche Rauschgiftabgabe nach der Schliessung der offenen Drogenszenen als Überlebenshilfe für die Süchtigen notwendig sei, aber dass eine zeitliche Beschränkung sowie ein Dosisabbau bis zur Abstinenz praktiziert würden. Natürlich wussten die Promotoren der Heroinabgabe (Uchtenhagen, Hämig) auch von gescheiterten Drogenabgabe-Versuchen aus dem Ausland wie Schweden, England. Landesweit wurden ca. 1'200 süchtige Menschen mit staatlichem Heroin versorgt. Längst ist aus den 1995 gestarteten Experimenten eine eigentliche staatlich bezahlte «Drogenindustrie» entstanden. Cannabis-, Methadon- und Heroinproduzenten profitieren als Teil des wirtschaftlichen Systems von dieser Drogenpolitik. Der Umsatz von Cannabis, mit bis 10-fachem Rauschgiftgehalt seit den 68er Jahren, beläuft sich auf ca. 2 Milliarden im Jahr. Auch die ca. 18'000 oft auf Lebzeiten von Methadon Betäubten und die 1'200 HeroinbezügerInnen lassen das Drogengeschäft boomen. Exponenten der liberalen Drogenpolitik, wie zum Beispiel Nationalrat Felix Gutzwiller profitieren indirekt von den Drogensüchtigen.

Gutzwiller sitzt im Verwaltungsrat der Siegfried AG, welche das lukrative Geschäft mit der Methadonherstellung tätigt. Heroin wird von der in Zürich domizilierten Firma Johnson-Matthey & Brandenburger AG importiert und an die DiaMo Narcotics GmbH in Thun weitergeleitet. Dort wird das Betäubungsmittel Heroin zum so genannten Diaphin verarbeitet und an den Bund verkauft. Eine wichtige Rolle als Geschäftsführer der DiaMo Narcotics spielt der Deutsche Dr. M. Market.

### **Internationaler Suchtstoffkontrollrat der UNO gegen Drogenlegalisierung**

Schon 1993 weist der Internationale Suchtstoffkontrollrat der UNO (INCB) in Wien die Forderung nach Legalisierung von Suchtgiften ganz entschieden zurück. Voraussehend stellt er fest: «Die Behauptung, dass eine Legalisierung der Drogen nur eine minimale schädliche Auswirkung hätte, zeige, dass die **potentielle Ausweitung der Nachfrage** völlig ausser Acht gelassen werde. Denn durch das Wegfallen rechtlicher Barrieren und den Preisrückgang sei vor allem bei jungen Menschen eine stark steigende Nachfrage zu erwarten. Damit wäre zweifellos ein beträchtlicher **Anstieg der wirtschaftlichen und sozialen Kosten** verbunden, die von den Befürwortern der Drogenlegalisierung, so meint der Rat, meistens nicht in Rechnung gestellt würden. Dass durch eine Legalisierung die Kriminalität bei der persönlichen Drogenbeschaffung zurückgehen könnte, sei durchaus möglich. Andererseits aber sei damit zu rechnen, dass die **Verbrechen unter Einfluss von Drogen** zunehmen». Ganz entschieden wendet sich der Suchtstoffkontrollrat gegen die Behauptung, dass bei einer Legalisierung der Drogen das organisierte Verbrechen eingedämmt werden könnte. Man dürfe die Fähigkeit der Drogenmafia nicht unterschätzen, sich ohne nennenswerten Verlust an wirtschaftlicher, politischer und sozialer Macht an die veränderten Bedingungen anzupassen. Auch **wider-**

### **spreche die liberale Drogenpolitik den internationalen Konventionen.**

Währendem sich weltweit (94% der Bevölkerung in Millionen) Städte gegen eine Drogenfreigabe zusammenschlossen, darunter befindet sich auch Lugano, haben sich im Gegenzug (6% der Bevölkerung in Millionen) für eine Drogenfreigabe verbündet, bezeichnenderweise sind die Städte Zürich, Bern, Basel, Luzern dabei.

### **Desolate Situation in der Schweiz nach der De-facto-Drogenlegalisierung**

Wie voraussehend hat doch der Drogenkontrollrat der UNO seinen Bericht verfasst! In der Schweiz, die auf der letzten Stufe zur Drogenlegalisierung steht und weltweit die liberalste Drogenpolitik betreibt, hat sich die Einschätzung des Drogenkontrollrats bestätigt:

1. In den letzten 15 Jahren wurden aus 5% jugendlichen Kiffern 30%!
2. Der illegale Drogenhanfanbau wurde (im Kanton Bern) im Jahre 2006 über 50% gesteigert.
3. Die Nachfrage nach niederschwelligen und gegen die Forderung einer nachhaltigen Drogenpolitik verstossenden Angebote steigt stetig. So spritzen, sniffen oder rauchen in staatlich finanzierten Fixerräumen (in Bern) bereits über zwanzig 16–20jährige ihre illegal erworbenen Betäubungsmittel! Sogar das gewalttätig machende Kokain kann, vor dem Eingreifen der Polizei «geschützt», konsumiert werden.
4. Die Gewalt unter Drogeneinfluss hat massiv zugenommen.
5. Arbeits- und Autounfälle unter Drogen sind heute an der Tagesordnung.
6. Depressionen, Wahnvorstellungen, Psychosen, welche durch Drogenkonsum ausgelöst werden, führen oft zu Selbstmorden oder Morden.
7. Die Belastung unserer Sozialwerke hat durch arbeitslose oder nur stundenweise arbei-

tende und invalide Drogensüchtige seit Ende der 90er Jahre massiv zugenommen.

8. Die UNO-Drogenkontrollbehörde meint, dass sich nur ein ganz reiches Land ein solch ausuferndes Infrastrukturangebot für Drogenabhängige leisten könne.
9. Da oft Interventionen durch die BetreiberInnen dieser «Überlebenshilfeangebote» ausbleiben, haben die ältesten Klienten des Drogenabgabeprogrammes bereits das AHV-Alter erreicht.
10. Aus ideologischen Gründen wird von drogensüchtigen Menschen Unmögliches verlangt, nämlich dass der Wille zum Entzug und einer Therapie einzig vom drogenkranken Menschen aus kommen müsse. Dabei gibt es genügend Erfahrung, die zeigt, dass Süchtige mit Druck und viel Motivationsarbeit durch ihre Umgebung durchaus eine abstinentorientierte Therapie schaffen und Heilerfolg haben können.
11. Drogenabgabe in Gefängnissen ist ein Hohn! Schweden zeigt uns, dass gerade in Gefängnissen Drogentherapien erfolgreich sind!
12. Geschlossene Therapieinstitutionen sind für einen definitiven Ausstieg oft notwendig. Also setzen wir unsere Steuergelder bei solch nachhaltigen Angeboten ein (siehe San Patrignano, Italien).

«Jede Gesellschaft hat so viele Drogensüchtige, wie sie durch Unwissenheit und passive Haltung erzeugt.»

*Hassela Solidarity, Schweden*

### **Aus den drogenpolitischen Fehlern im Ausland müssen wir lernen!**

Es ist zu hoffen, dass Schweizer EntscheidungsträgerInnen vermehrt über die Grenzen schauen, denn alle unsere «Menschenversuche» mit Drogen wurden schon vor uns gemacht, und wir könnten damit viele Fehler vermeiden.

So steht in der Broschüre der Hassela Solidarity, Schweden folgendes: «Jede Gesellschaft hat so viele Drogensüchtige, wie sie durch Unwissenheit und passive Haltung erzeugt». Auch die Arbeitsgruppe der SPD (!) schrieb am 26. April 1996 unmissverständlich: «Es gibt keinen kontrollierten Umgang mit Drogen. Drogenrausch und Drogenabhängigkeit einerseits sowie Kontrolle und Selbstbestimmung andererseits schliessen sich gegenseitig aus. Die Gefährlichkeit der Drogen liegt in der Schädlichkeit der jeweiligen Substanzen. Ihre für Körper und Geist toxische Wirkung entfaltet sich unabhängig vom Reinheitsgrad und unabhängig davon, ob die Einnahme legal oder illegal erfolgt.»

### **Lösungsansätze der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen**

Überall wo mit Kindern und Jugendlichen gearbeitet wird, müssen diese auf ihrem Weg zu einem selbstbestimmten, gesunden Leben unterstützt werden. Vereine müssen als präventive Institutionen gefördert werden. Drogen dürfen nicht verharmlost werden! Eine Früherfassung suchtfährdeter Kinder und Jugendlicher soll sich durchsetzen, denn alle drogenpolitischen Massnahmen, welche die Abhängigkeit aufrechterhalten, boykottieren die präventiven Bemühungen.

Erfahrungen von (langjährigen) abstinentorientierten, auch ausländischen Therapiestationen und drogenfreien Gefängnissen müssen endlich berücksichtigt werden. Die folgende Auffassung muss sich durchsetzen: «Zu Beginn der Rehabilitation wird die individuelle Freiheit zugunsten der Drogenfreiheit eingeschränkt, um die Klienten vor ihren lebensbedrohlichen Gewohnheiten zu schützen und um einen Prozess zu injizieren. Es geht darum, im nüchternen Zustand Bilanz zu ziehen und neue, lebensbejahende Zielsetzungen zu fassen». Es darf nicht sein, dass süchtige Menschen ein Recht auf Sucht verlangen dürfen! Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen

Drogen geht mit der Genfer Philosophin Frau Prof. Jeanne Hersch einig, welche meint: «Zum Wesentlichen des Menschseins gehört die Freiheit zur Entscheidung. Der Drogenkonsum aber verhindert, dass der Mensch wirklich Mensch sein kann. Der Drogenkonsument verliert seine Freiheit und Fähigkeit, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Chemische Substanzen dürfen nicht über das Verhalten der Menschen entscheiden. Wenn Drogen das Leben bestimmen, nimmt man Abschied von der menschlichen Entscheidungsfreiheit. Deswegen ist es eine reine Perversion des Denkens, wenn man behauptet, es gehöre zu den Menschenrechten, Drogen konsumieren zu dürfen».

Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen fördert und fordert ein längst fälliges Umdenken gegen die Drogenlegalisierung in der Schweiz, damit:

- Kinder und Jugendliche in Freiheit und Selbstbestimmung in unserem Land aufwachsen und Begeisterung für einen gesunden Lebensstil finden;
- nachhaltige Therapieinstitutionen geschaffen werden;
- die Gewaltspirale und die Zunahme von Unfällen unter Drogeneinfluss gestoppt werden;
- unsere Sozialwerke entlastet werden;
- unsere Gesetze umgesetzt werden;
- die Polizei und die Justiz ihren Auftrag wahrnehmen kann.

Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden

#### **Kommentar der Autorin:**

*Angeregt zu diesem Artikel wurde ich durch unzählige Hinweise aus der Bevölkerung und fachlich involvierter Kreise. Ich hoffe sehr, mit diesen, für die Mehrheit der Bevölkerung nicht zugänglichen Informationen Medienschaffenden den Anstoss zu geben, professionell die Entwicklung unserer Drogenpolitik mit ihren Drahtziehern zu erforschen und publik zu machen.*

# Die De-facto-Drogenlegalisierung in der Schweiz und deren Auswirkungen

## Gewaltdelikte haben massiv zugenommen

Weil die Gewaltdelikte zugenommen haben, schlägt nicht nur die Polizei, sondern auch das Inselspital in Bern Alarm. Die Notfallärzte müssen immer mehr eingeschlagene Schädel und aufgeschlitzte Gesichter operieren. Die Gewaltspirale hat in den letzten fünf Jahren besonders übers Wochenende schneller gedreht: «Von Freitagabend bis Montagmorgen werden bei uns jede Woche bis zu hundert Patienten von Schlägereien und Unfällen eingeliefert», sagt Aris Exadaktylos, Oberarzt im Notfallzentrum des Inselspitals.

In den vergangenen fünf Jahren gab es bei Schlägereien 70% mehr Verletzte. Das sagt Doktorandin Stephanie Häuselmann (28), die für ihre Studie über städtische Gewalt im Insel-Notfallzentrum mitarbeitet.

Viele der Schlägereien auf der Strasse enden oft mit schwersten Verletzungen. Schädel- und Gesichtsknochenbrüche und Rissquetschungen haben in den letzten fünf Jahren um 20% zugenommen, weil die Schläger immer mehr mit Gegenständen ihre Opfer traktieren. «Mit einer Faust allein wird es dabei oft nicht belassen», sagt der Oberarzt. Auch mit Fusstritten würden am Boden liegende Opfer gepeinigt. **Da können die Operations- und Hospitalisationskosten für einen schweren Fall bald einmal 100'000 Franken kosten, sagt Häuselmann. Hinzu kommen möglicherweise lebenslange Kosten wegen Invalidität.**

Es werden Verletzte eingeliefert, welche die Behandlung ablehnen oder sogar die Ärzte und Pflegenden beschimpfen und tödlich angreifen. «Es kommt ab und zu vor, dass wir aggressive Patienten unter Securitas- oder Polizeischutz behandeln und operieren müssen», sagt Aris Exadaktylos.

Aus der «Berner Zeitung», Januar 2007

### **Kommentar:**

*Neben der gefährdeten Sicherheit der grossen Mehrheit der Bevölkerung durch meist unter Drogen stehende Gewalttäter, müssen wir die dadurch steigenden Kosten im Spitalwesen unbedingt publik machen. Im Inselspital Bern gab es in den letzten fünf Jahren 70% mehr Einweisungen, d.h. Verletzte nach Schlägereien.*

## Eingangskontrolle bei Reitschule in Bern

Nun ist am Grossen Tor der Reitschule eine Eingangskontrolle eingerichtet. Wie die Reitschulbetreiber mitteilten, handelt es sich dabei um eine Aktion «gegen gewalttätige Übergriffe in und um die Reitschule». Wie an vielen anderen Orten in der Schweiz hätten auch in der Reithalle gewalttätige Auseinandersetzungen zugenommen: «Diebesbanden, Dealer, Jugendgangs, aggressive, alkoholisierte oder bekokste Mitmenschen sorgen für eine gewalttätige Stimmung und nicht selten auch für gewalttätige Übergriffe mit Verletzten». Jüngstes Beispiel war ein Vorfall letztes Wochenende. Auf dem Vorplatz und auf der Schützenmatte wurde ein 25-jähriger von Unbekannten zweimal innert 15 Minuten geschlagen und ausgeraubt.

So werde aus dem Freiraum Reitschule manchmal ein Angstraum, schrieben die Betreiber weiter.

Aus «Der Bund», April 2007

### **Kommentar:**

*Wir von der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen mussten den Kommentar der Reitschulbetreiber mehrmals lesen, denn er passt so gar nicht zu den bis anhin vertretenen An-*

*sichten. Bis jetzt wurde behauptet, dass Drogen und Gewalt keinen Zusammenhang hätten, und die Polizei (die Bullen) nur eine störende, provozierende Truppe sei, welche in und um den rechtsfreien Raum Reitschule nichts zu suchen hätte.*

## Immer mehr Führerausweisentzüge wegen Drogen

Während in der Schweiz die Zahl der Ausweisentzüge wegen Alkohols am Steuer im vergangenen Jahr leicht rückläufig war, war bei den Entzügen wegen Drogenkonsums eine massive Zunahme um 47% auf 1'470 Fälle festzustellen. Spitzenreiter in dieser Hinsicht war der Kanton Bern. Hier wurden letztes Jahr 261 Führerausweise wegen Fahrens unter Drogeneinfluss entzogen. Eine starke Zunahme ist ebenfalls bei der Zahl der Unfälle zu verzeichnen.

Da stellt sich die Frage, ob der Kanton Bern genügend Anstrengungen in Richtung Prävention unternimmt. Immerhin ist das Thema Drogen am Steuer kaum auf Plakatwänden präsent – im Unterschied zum Alkoholkonsum, der immer wieder Gegenstand von Präventionskampagnen ist.

### **Kommentar:**

*Auch im Verkehr macht sich die Drogen verharmlosende Politik drastisch bemerkbar. Spitzenreiter war der drogenfreundliche Kanton Bern mit 261 Entzügen wegen Fahrens unter Drogeneinfluss. Zum Glück konnte bei den Führerausweisentzügen wegen Alkohols am Steuer ein leichter Rückgang festgestellt werden. Die grossen Bemühungen der Institutionen Blaues Kreuz, Arbeitsgemeinschaft Gesunde Jugend usw. scheinen Wirkung zu erzielen.*

*Noch bedenklicher als die Zunahme der Führerausweisentzüge ist diejenige der Verkehrsunfälle wegen Drogenkonsums! In 10 Jahren haben sich die Unfälle im Strassenverkehr fast verdoppelt, wobei ein Drittel der Fälle wegen Cannabiskonsums verursacht wurde.*



# Nationalrätliche Interpellation betreffend Zusammenhang von Drogen und Gewalt

**Nationalrätin Ursula Haller hat am 19. Dezember 2006 folgende Interpellation eingereicht:**

1. Existieren bereits Studien, die den Einfluss von Drogen bei Gewaltverbrechen untersucht haben?
2. Wenn ja, welche Erkenntnisse resultieren aus diesen Studien?
3. Sollten keine derartigen Studien vorhanden sein: Ist der Bundesrat bereit, prüfen zu lassen, an welchen gerichtsmedizinischen Instituten am meisten Daten bzw. die grösste Anzahl Untersuchungsergebnisse vorliegen, damit ein Auftrag für eine wissenschaftliche Studie erteilt werden kann? Dabei sollte der Einfluss von Alkohol, Cannabis, Kokain, Heroin, Ecstasy, Psychopharmaka, usw. während der letzten zehn Jahre untersucht und statistisch erfasst werden.

**Ihre Interpellation begründete Ursula Haller wie folgt:**

In den letzten Jahren hat sich die Anzahl der sinnlosen Familiendramen und gewalttätigen Delikte stark erhöht. Immer wieder liest man von Gewaltverbrechen, die grundlos, also in keiner Weise nachvollziehbar und oft im Affekt begangen werden. Eine grosse Anzahl dieser Verbrechen werden unter Drogeneinfluss verübt. Genaue Zahlen, die den Einfluss von Drogen auf diese Dramen wissenschaftlich untermauern, sind aber nicht erhältlich. Um jedoch in Zukunft präventiv tätig werden und politisch sinnvolle Entscheide treffen zu können, sollten diese Fakten der Politik sowie der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Durch die gerichtsmedizinischen Abklärungen existieren zum Bei-

spiel im Kanton Bern Daten aus mehreren Kantonen, welche meines Erachtens aufschlussreiche Studienergebnisse liefern könnten.

**Die Antwort des Bundesrates lautet wie folgt:**

1. Zurzeit existiert eine einzige wissenschaftliche Studie, die sich explizit mit der Fragestellung auseinandersetzt: «Alkohol und Gewalt im Jugendalter» vom Oktober 2006. Sie wurde von der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme SFA in Lausanne erstellt und stellt eine Sekundäranalyse der Schülerbefragung des «European School Survey Project on Alcohol and Drugs» (ESPAD) dar. Die bisher vom Bundesamt für Polizei geführte Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) enthielt keine systematischen Angaben zu den gestellten Fragen. Die PKS wird seit Anfang 2006 vom Bundesamt für Statistik geführt und befindet sich bis Ende 2008 in einer Übergangs- und Aufbauphase. Erst danach könnten entsprechende Daten auf wissenschaftlicher Grundlage national erfasst und in dem von der Interpellation gewünschten Sinne dargestellt werden.
2. Männliche Jugendliche sind deutlich häufiger als weibliche Jugendliche sowohl als Täter (3mal häufiger) als auch als Opfer (2mal häufiger) in die verschiedenen Formen der Gewaltanwendung involviert. Die Häufigkeit von Gewaltakten steigt mit der konsumierten Menge Alkohol. Abstinente und risikoarm Konsumierende weisen eine geringe Wahrscheinlichkeit auf, sich gewalttätig zu verhalten. Häufiger, mehr und in kürzerer Zeit Konsumierende üben deutlich mehr Gewaltakte aus. Die Studie sagt nichts darüber aus, ob Alkohol oder andere Suchtmittel die unmittelbaren «Verursacher» der ausgeübten Gewalttaten waren. Daneben wurde im vergangenen Jahr vom Bundes-

amt für Statistik in Zusammenarbeit mit der Fachstelle gegen Gewalt und den Kantonspolizeien eine Sonderstudie zu den polizeilich registrierten Tötungsdelikten der Jahre 2000 bis 2004 publiziert. Auch in dieser Studie kommt man zum Schluss, dass tatverdächtige Personen, welche zum Zeitpunkt der Tat unter dem Einfluss von das Bewusstsein beeinflussenden Substanzen standen, deutlich überrepräsentiert sind (vor allem unter Alkoholeinfluss). Jedoch kann auch aus diesen Ergebnissen nicht direkt geschlossen werden, dass der Substanzkonsum effektiv ursächlich war für das Begehen einer Gewaltstraftat. Inwiefern das gewalttätige Verhalten durch einen Substanzkonsum beeinflusst wurde, ist allenfalls mittels psychiatrischer Gutachten einer angeschuldigten Person oder durch das Studium von Gerichtsakten abzuschätzen.

3. Angesichts dieser Sachlage sowie im Hinblick auf den präventiven Wert der vorgeschlagenen Studie ist der Bundesrat bereit, 2007 vom BFS prüfen zu lassen, wo in der Schweiz am meisten wissenschaftlich verwertbare Daten vorliegen, damit ein allfälliger späterer Auftrag für eine entsprechende wissenschaftliche Studie unter Berücksichtigung bereits vorliegender Daten aus Teilbereichen (rechtsmedizinische Institute und Notfallaufnahmen) erteilt werden könnte. Nach Auffassung des Bundesrates sollte der Einfluss aller das Bewusstsein und das Verhalten verändernden Substanzen wie Alkohol, Cannabis, Kokain, Heroin, Ecstasy, Psychopharmaka usw. während der letzten zehn Jahre untersucht werden.

**Kommentar:**

*Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen ist Frau Ursula Haller sehr dankbar für ihre Interpellation und hofft, endlich die schon längst existierenden Daten zu erhalten.*

# Widersprüche bei den Drogenlegalisierern

Wir von der SVP sagen regelmässig: Eigenverantwortung ist für die Linken ein Fremdwort. Sie können hinschauen wohin Sie wollen: Die Linken wollen mehr staatliche Bevormundung. Der Staat soll für die Bürger handeln, denken und entscheiden. Ich meine, wir haben im Allgemeinen nicht unrecht mit dieser Kritik.

Aber – das wird Sie jetzt erstauen – ich muss die Linken trotzdem in Schutz nehmen, Es stimmt nicht ganz. Plötzlich begegnet einem ein Satz, der beinahe nach Eigenverantwortung klingt. Dieser Satz lautet: «Wer Rauschgift konsumiert, der schädigt sich selber, und wenn man sich selber schädigt kann man dafür nicht bestraft werden». Wenn es um Drogenkonsum geht, ist also plötzlich Eigenverantwortung angesagt.

## **Straffreier Konsum von Suchtmitteln für Erwachsene**

«Wir wollen», sagte die SP-Fraktionschefin Ursula Wyss «den straffreien Konsum von Suchtmitteln für Erwachsene». Und zwar von allen Suchtmitteln. Es geht hier nicht nur um Alkohol oder Tabak, die süchtig machen können. Sondern um alle Drogen. Von Haschisch bis Heroin. **Wer 18 Jahre alt ist, soll in der Schweiz kiffen, fixen, koksen, synthetische Drogen konsumieren können, ohne deswegen von der Polizei belangt werden zu können. So will es die SP in ihrem jüngsten Positionspapier zur Drogenpolitik.**

Sie müssen sich die Situation vorstellen: Auf dem Pausenplatz einer Mittelschule herrscht absolutes Rauch- und Drogenverbot. Ein 18jähriger Gymnasiast geht einen Schritt ausserhalb des Schulareals, dreht seelenruhig eine Haschizigarette und kiff. Kein Problem. Wenn es nach den Linken geht, wird es keine rechtliche Handhabe dagegen mehr geben. Statt zu kiffen, könnte er sich aber auch

eine Heroinspritze setzen. Alles möglich, wenn es nach den Linken geht. Alles erlaubt, wenn es nach den Linken geht. «Wir wollen eine nüchterne Suchtpolitik betreiben», kommentierte die Zürcher SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr ihr eigenes Papier. So, so. Kiffen, fixen und koksen, aber immer schön nüchtern bleiben. Jedem Rauchenden werden in der Schweiz bald gewisse Schranken auferlegt werden, aber Heroin konsumieren ab 18 Jahren – das soll für alle möglich sein? Wer in einem Restaurant rauchen will, muss vor die Tür, aber Kokain schnupfen darf jeder, denn er belästigt ja niemanden. Er richtet «nur» sich selber zugrunde. Warum gibt es eigentlich keinen Staat der Welt, der den Konsum harter Drogen erlaubt? Sind denn alle andern Länder dümmere als unsere SP?

Aber vielleicht wollen die Linken bloss die Schweiz im Fremdenverkehr neu positionieren. Vielleicht wird unser Land bald in dieser Art beworben: Willst du dir in Ruhe einen Schuss setzen, dann fahre doch in die schöne Schweiz. Drogentourismus der anderen Art. High, higher, Switzerland. Heidi mit Joint. Der Alpöhi auf Ecstasy. Und dazu meinte die Verfasserin dieses Papiers, die SP-Familienpolitikerin Jacqueline Fehr: «Wir wollen eine nüchterne Suchtpolitik betreiben».

## **Erwerb und Handel mit Drogen bleiben verboten**

Zu dieser «nüchternen» Suchtpolitik gehört, dass die SP den Konsum aller Drogen zwar für straffrei erklären, aber den Erwerb und Handel mit Drogen weiterhin verbieten will. Ist das jetzt eine besonders schlaue oder eine besonders dumme Idee? Laut SP soll man Kokain konsumieren, aber nicht kaufen dürfen. Wie kommt man denn an das gewünschte Rauschmittel? Fällt es vom Himmel? Liegt es auf der Strasse? Setzt die SP auf Selbstversorgung aus dem eigenen Garten?

## **Qualitätsnachweis bei Suchtmitteln**

Dann will die SP einen «Qualitätsnachweis» bei Suchtmitteln. Wie

muss man sich das vorstellen? Heroin mit Schweizer Qualitätssiegel – «Cannabis Naturaplan», «Bio Suisse Heroin». Ich frage mich allerdings: Wie kann man die Qualität von etwas prüfen, das es offiziell gar nicht zu kaufen gibt? Und wer soll das prüfen? Staatlich besoldete Drogentester? Werden wir bald Stelleninserate des Bundes lesen: «Kokainprüfer mit Erfahrung und gutem Leumund gesucht?»

## **Staatsmonopol**

Dann spricht die SP in ihrem Positionspapier auch von «Staatsmonopol». Es darf also ausschliesslich der Staat mit gewissen Substanzen umgehen. Was heisst das? Wird es ein staatliches Heroin-Monopol geben? Wer immer das Bedürfnis nach Heroin hat, wendet sich vertrauensvoll an das lokale Heroin-Amt? Denken wir nüchtern weiter: Da die SP gleichzeitig den Handel und Erwerb von Suchtmitteln verbietet, wird das für den Staat auch gelten. Wenn der Staat die Drogen nicht erwerben kann, muss er sie entweder stehlen oder selber herstellen. Werden im Mittelland also bald staatliche Mohnfelder blühen? Weiter gilt das Verkaufsverbot wohl auch für den Verbots-erlasser selbst, also für den Staat. Wenn nun aber der Staat die Drogen nicht verkaufen darf, dann muss er sie verschenken. «Service public» pflegen die Linken solche staatliche Dienstleistungen zu nennen. Und da sind wir beim nächsten Widerspruch angelangt: Handel und Erwerb sollen verboten sein, gleichzeitig möchten die Linken die illegalen Drogen aus der Illegalität befreien. Und warum wohl?

Richtig! Den Linken geht es nur ums Geld. Woher auch immer das Geld kommt. Genau in diesem Sinne heisst es im SP-Positionspapier: «Die Milliardenumsätze mit illegalen Drogen fliessen damit in legale Strukturen und können ordentlich besteuert werden.» Jetzt ist es raus: Das Schlimmste an verbotenen Drogen ist, dass der Staat sie nicht «ordentlich besteuern» kann. Na dann, Prost und gut kiff.

Christoph Mörgeli, Nationalrat

## Besuchen Sie unsere Website:

[www.elterngegendrogen.ch](http://www.elterngegendrogen.ch)

[www.elterngegendrogen.ch](http://www.elterngegendrogen.ch)

[www.elterngegendrogen.ch](http://www.elterngegendrogen.ch)



## HERZLICHEN DANK UNSEREN SPENDERINNEN UND SPENDERN

die mit ihrem Beitrag unsere Aktivitäten unterstützen, junge Menschen vor Drogenabhängigkeit zu bewahren und die Bevölkerung über die Gefährlichkeit von Rausch- und Suchtmitteln sachgerecht zu informieren.

**Spenden auf das**

**PC 30-7945-2**

**Schweizerische Vereinigung  
Eltern gegen Drogen  
Postfach 8302  
3001 Bern**

**sind jederzeit willkommen.**

## Betäubungs- mittelgesetzes- revision im Nationalrat: Wo bleiben die demokra- tischen Grundsätze?

Die Revision des Betäubungsmittelgesetzes zeigt, welchen verheerenden Weg die Schweiz eingeschlagen hat. Das Vorgehen der Sozial- und Gesundheitskommission (SGK) des Nationalrates ist einer Demokratie unwürdig. Alle drogenabstinenzorientierten Vereine und Personen wurden aus dem Einflussbereich der Behandlung in der Kommission entfernt. Die nationale Arbeitsgemeinschaft Suchtpolitik (NAS) stellt sich als alleinige kompetente Vereinigung in Sachen Drogen dar. Mit ihr gaben fünfundzwanzig Zusammenschlüsse ihren Segen zum Vorgehen der NAS, darunter FMH, Pro Juventute und VCRD! Die Behandlung der Gesetzesrevision spottet jeder Beschreibung. So wurde innerhalb von wenigen Stunden die Behandlungskategorie von der dritten in die vierte Stufe geändert. Als Mitglied des Büros des Nationalrates wurde ich nicht einmal kontaktiert. Meine zwölf Abänderungsanträge wurden auf eine höchst inkompetente Art behandelt. Die beiden Kommissionssprecherinnen Therese Meyer (CVP) und Jaqueline Fehr (SP), erzählten «Märchen» und waren in vielen Sachfragen nicht in der Lage, fachgerecht Auskunft zu geben. Vor allem was die Heroinabgabe betraf.

Christian Waber, Nationalrat und Präsident des Dachverbandes abstinenzorientierter Drogenpolitik

## Cannatrade: Strafanzeige gegen Unbekannt



Die Vereinigung Eltern gegen Drogen hat in Bern gegen die Hanfmesse protestiert. Wegen Verdachts auf Verletzung des Betäubungsmittelgesetzes hat sie zudem Strafanzeige gegen Unbekannt eingereicht.



Angesichts des angekündigten Wettbewerbs «Wer dreht den schönsten Joint» sei der Verdacht begründet, schreibt die Vereinigung in einem Communiqué. Vor Ort protestierte sie mit Kreuzen, die Aufschriften trugen wie «Kiffen zerstört Ihr Kurzzeitgedächtnis» oder «Cannabis führt zu Depression». Das Interesse an der Messe war am morgen bereits bei der Türöffnung rege; einige Dutzend Leute stauten sich vor dem Eingang.

Tages-Anzeiger Online, April 2007

# Mitteilungen der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen

## Zum Tod von Dr. Kurt Wasserfallen

Wir trauern um den Gründungspräsidenten des Dachverbandes abstinentorientierte Drogenpolitik (DaD), Dr. Kurt Wasserfallen. Er hat die vielen Kräfte, die sich für eine präventive, nachhaltige schweizerische Drogenpolitik einsetzen, im DaD gebündelt und gestärkt.

Sein Engagement in Sachen Drogen war geprägt von einer tiefen Überzeugung, dass jede Art von Drogenkonsum zum Nachteil der Gesellschaft ist. Er setzte sich als Grossrat, Gemeinderat und Nationalrat vehement für eine abstinentorientierte Drogenpolitik ein. Als Freisinniger trat er für einen schlanken Staat ein, bei der Drogenpolitik setzte er auf einen Staat, der seiner Verantwortung nachkommen sollte.

Wir verlieren in Kurt Wasserfallen einen gradlinigen Politiker, der sich für das Wohl der Berner Bürgerinnen und Bürger eingesetzt hat. Er hat aber auch die süchtigen Menschen nie aufgegeben, sondern stets nach Ausstiegshilfen gesucht.

Wir werden diesen humorvollen, warmherzigen Menschen sehr vermissen.

### IMPRESSUM

#### Herausgeberin:

Schweizerische Vereinigung  
«Eltern gegen Drogen»,  
Postfach 8302, 3001 Bern  
eltern\_g\_drogen@bluewin.ch  
www.elterngegendrogen.ch  
PC 30-7945-2

#### Redaktionsteam:

Dr. med. Theodor Albrecht  
Dr. rer. nat. Alexandra Nogawa  
Sabina Geissbühler-Strupler

#### Layout:

Christine Gross,  
adm\_gross@hispeed.ch

## Bürgeraktion Leben ohne Drogen (BALD)

Nach 15jährigem Engagement für die Vereinigung Bürgeraktion Leben ohne Drogen (BALD), Luzern ziehen sich Frau und Herr Dr. Burkhard-Koller, die Begründer der Vereinigung, aus ihrer aktiven Rolle zurück. Sie haben sich zusammen mit den Mitgliedern der Vereinigung für eine Politik und ein Leben ohne Drogen eingesetzt. Mit der Herausgabe des Buches «Drogen: warum nicht?» durch die Vereinigung BALD wurden in der Schweiz endlich Fakten von weltweit bekannten Drogen- und Suchtforschern einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Alle samt warnten vor einer Drogenlegalisierung!

2006 war für Frau und Herrn Burkhard nochmals ein drogenpolitisch anstrengendes Jahr, da die Luzerner Regierung ankündigte, einen Fixerraum in einem Wohnquartier zu eröffnen. Herr Marco Korner, der Präsident eines ad hoc zusammengestellten Initiativkomitees gegen diesen Fixerraum, wurde von der BALD tatkräftig unterstützt. Die Bürgeraktion schreibt dazu: «In den Medien manifestierte sich wieder einmal die Übermacht für den Fixerraum und somit für die Drogen. So blieb nur noch das Mittel einer Inseratenkampagne übrig, um Gegensteuer zu geben».

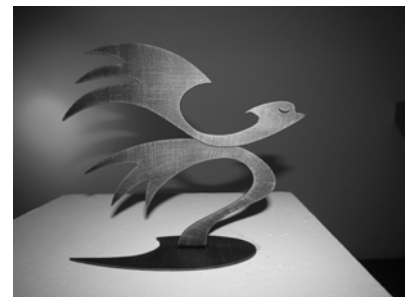
Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen dankt der Vereinigung BALD, vor allem Frau und Herrn Burkhard-Koller herzlich für ihre grosse Arbeit für eine menschliche Drogenpolitik. Die Vereinigung Eltern gegen Drogen konnte auch viel von ihrem Wissen profitieren, dass sie sich aus erster Hand bei der Drogenkontrollbehörden in Wien angeeignet haben. Auch hatten sie die besondere Fähigkeit, süchtige Menschen, aber auch die Vereinigung Eltern gegen Drogen zu ermutigen, trotz Rückschlägen den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen. Wir wünschen Frau und Herrn Burkhard alles Gute und eine etwas geruhsamere Zukunft!

## Ehrenmitglieder der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen

An der Hauptversammlung der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen vom 21. April 2007 wurden die folgenden Mitglieder für ihre grossen Verdienste geehrt und zu Ehrenmitglieder der Vereinigung ernannt:

- ☉ **Theodor Christen, Pratteln**
- ☉ **Jürg Wildbolz, Bern**
- ☉ **Paul Wiedmer, Köniz**

Die drei Ehrenmitglieder erhielten als Dank für ihr Engagement für eine Jugend ohne Drogen die untenstehend abgebildete vom Künstler Housi Knecht gestaltete Vogelskulptur (Thema: «Frei ohne Drogen»).



## HERZLICHEN DANK UNSEREN SPENDERINNEN UND SPENDERN

die mit ihrem Beitrag unsere Aktivitäten unterstützen, junge Menschen vor Drogenabhängigkeit zu bewahren und die Bevölkerung über die Gefährlichkeit von Rausch- und Suchtmitteln sachgerecht zu informieren.

**Spenden auf das**

**PC 30-7945-2**

**Schweizerische Vereinigung  
Eltern gegen Drogen  
Postfach 8302  
3001 Bern**

**sind jederzeit willkommen.**